



Für die nächste Sitzung des Europäischen Rates, steht die Frage auf der Tagesordnung, ob mit dem Balkanstaat Illyrien Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen.

Illyrien ist ein südosteuropäisches Küstenland an der Adria. Mit einer Fläche von knapp 30.000 Quadratkilometern ist es etwas kleiner als Belgien. Die Bevölkerungsgröße entspricht mit 2,8 Millionen etwa der Litauens. Der Name des Landes leitet sich ab von den Illyrern, die in der Antike den westlichen Balkan besiedelt haben sollen.

Nach der italienisch-deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg entwickelte sich Illyrien zu einer sozialistischen Volksrepublik, die zunächst enge Beziehungen mit der Sowjetunion pflegte, diese jedoch 1960 abbrach. Auslandskontakte waren für die Bevölkerung von da an nicht zulässig, das Land war komplett isoliert.

Erst 1990 erzwangen Massendemonstrationen eine Öffnung des Landes. Nach den ersten freien Wahlen 1992 verlief die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft zunächst chaotisch. 1997 entsandte die UN auf Bitten der illyrischen Regierung eine Schutztruppe, um ein Abgleiten in die Anarchie zu verhindern. Seit der Verabschiedung einer neuen Verfassung konnten staatliche Strukturen verbessert und der Bildungssektor massiv ausgebaut werden.

Große Probleme bereitet nach wie vor die Infrastruktur - gerade ländliche Regionen sind kaum erschlossen, Stromausfälle sind Alltag. Die sehr junge Bevölkerung (Durchschnittsalter: 30 Jahre) zieht massenhaft in die schnell wachsenden Städte. Fehlende Perspektiven veranlassen auch viele Illyrerinnen und Illyrer, sich in die EU durchzuschlagen und dort eine Zukunft zu suchen.

Ein großer Teil der Bevölkerung arbeitet nach wie vor in der Landwirtschaft, allerdings vor allem zur Selbstversorgung. Am besten entwickelt sich seit etwa zehn Jahren der Tourismussektor, für den die bisher kaum erschlossene illyrische Adriaküste hervorragende Bedingungen bietet.

Unerschlossene Gebirgsregionen, Tunnel und Bunker sind Ausgangsort und Rückzugsbasis europaweit aktiver Verbrecherbanden, im Bereich von Drogen- und Menschenhandel.

Mit dem Ziel, das Land zu stabilisieren und ihm beim schwierigen Aufbau zu helfen, unterhält die EU seit gut 20 Jahren intensive Beziehungen zu Illyrien. 2003 wurde dem gesamten Westbalkan eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. 2009 trat ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Illyrien in Kraft, und das Land stellte einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EU. Im selben Jahr erfolgte der Nato-Beitritt. 2014 wurde Illyrien von der EU als Beitrittskandidat anerkannt. Nun, ein Jahr danach, hat der Europäische Rat zu entscheiden, ob offizielle Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen.

Einerseits herrscht seitens der EU Besorgnis, dass die mühsam erreichte Stabilisierung der Region gefährdet werden könnte, wenn die Bevölkerung keine weiteren Fortschritte bei der Heranführung an die EU sieht. Diese möchte Illyrien und den Nachbarländern gerade in Zeiten von Spannungen mit Russland eine glaubhafte europäische Perspektive vor Augen führen.

Andererseits wurden die Entscheidungsprozesse in der EU durch die vorherigen Erweiterungen bereits komplizierter. Zudem gibt es in zahlreichen Mitgliedstaaten Vorbehalte gegen die Aufnahme neuer Staaten. Vor allem die Aussicht auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie einen möglichen Verzicht auf Grenzkontrollen im sogenannten Schengen-Raum führt in der deutschen Bevölkerung zu Ängsten.

Einige Europapolitiker des Bundestages aus den Reihen der großen Koalition haben nun einen Antrag entworfen, der der Bundesregierung eine bestimmte Verhandlungsposition aufträgt.



Nach Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (dem der Bundestag so zugestimmt hat) kann jeder europäische Staat beantragen, Mitglied der Union zu werden, vorausgesetzt er beachtet folgende Grundsätze: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, die Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit (Artikel 2 EUV). Der Beitritt kann jedoch nur vollzogen werden, wenn das Land alle Beitrittskriterien erfüllt, die 1993 durch den Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegt wurden. Diese Kriterien beinhalten:

- Politisches Kriterium: „Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“
- Wirtschaftliches Kriterium: „Eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten“
- Acquis-Kriterium: Die Fähigkeit, alle Pflichten der Mitgliedschaft – d.h. das gesamte Recht sowie die Politik der EU (den sogenannten „Acquis communautaire“) – zu übernehmen

Inzwischen wird gerade durch den Deutschen Bundestag häufig argumentiert, dass die Kopenhagener Kriterien implizit auch voraussetzen, dass die Europäische Union selbst aufnahmefähig sein muss.

Heranführungsstrategie

Allen Ländern des westlichen Balkans wurde die Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Aussicht gestellt. Um die Region vorzubereiten, wurde eine Heranführungsstrategie entwickelt. Sie umfasst als ersten Schritt Assoziierungsabkommen, die für die Balkanstaaten „Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen“ heißen und auf die besonderen Bedingungen in diesem Teil Europas abgestimmt sind. Mit Illyrien trat ein solches Abkommen 2009 in Kraft.

Die Aufnahme von Verhandlungen

Um Illyrien für die bis dahin erreichten Transformationserfolge zu belohnen und auf dem weiteren Weg zu ermutigen, wurde das Land durch Beschluss der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Jahr 2014 offiziell als Beitrittskandidat anerkannt. Diesem eher symbolpolitischen Schritt folgt als Nächstes die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, über die nun zu entscheiden ist. Der erforderliche Beschluss wird von den Staats- und Regierungschefs der EU nach Anhörung der Kommission und des Europäischen Parlaments gefasst.

Der Bundestag kann Einfluss auf das Verhalten der Bundesregierung nehmen, indem er sie in einem Antrag auffordert, sich für oder gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen einzusetzen. Er kann auch Ziele und Interessen benennen, die in möglichen Verhandlungen verfolgt werden sollen.

Ratifizierungsprozess und Beitritt

Sobald die Verhandlungen über alle Kapitel abgeschlossen sind, werden die Ergebnisse in einem Entwurf für einen Beitrittsvertrag festgehalten, der zwischen dem Rat der EU und den Beitrittsländern vereinbart wird. Der endgültige Beitrittsvertrag wird nach Unterzeichnung den Mitgliedsstaaten sowie dem betroffenen Bewerberland zur Ratifizierung übergeben.

In jedem beteiligten Staat erfolgt eine Ratifizierung nach den verfassungsrechtlich vorgegebenen Verfahrensregeln. In Deutschland ist eine Zustimmung von Bundestag und Bundesrat erforderlich. Dies bedeutet, dass sich der Bundestag auch bei Erteilung eines Mandats, Verhandlungen zuzustimmen, das Recht vorbehält, am Ende über das Ergebnis zu entscheiden.

Antrag einer Gruppe von Abgeordneten der Fraktionen der CVP und der APD

Durch Heranführung Illyriens an die Europäische Union die Stabilität Südosteuropas stärken

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Stabilisierung des Westbalkans, der Abbau von Spannungen zwischen den dortigen Staaten und die Integration der Gesamtregion in die Europäische Union ist eine vordringliche Aufgabe für die nächsten Jahre.
2. Nach entsprechender Vorbereitung muss es gelingen, dass sämtliche Staaten des Westbalkans innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes zu Mitgliedstaaten der EU werden. In diesem Zusammenhang ist die Aufnahme von Verhandlungen mit Illyrien ein wichtiger Schritt.
3. Gleichzeitig jedoch muss die Europäische Union selbst besser auf ihre Erweiterung vorbereitet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. auf einen zügigen Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Illyrien hinzuwirken;
2. das Verhandlungsmandat der Kommission so zu fassen, dass Ängste und Befürchtungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger bezüglich negativer Rückwirkungen weiterer Beitritte von vornherein vermieden werden;
3. dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmerfreizügigkeit erst nach längeren Übergangsfristen gewährt wird und ein Beitritt zum Schengen-Raum ohne Sicherstellung handlungsfähiger nationaler Sicherheitsbehörden ausgeschlossen bleibt;
4. die Entwicklung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Illyrien weiterhin wirksam zu unterstützen;
5. gemeinsam mit den europäischen Partnern Maßnahmen gegen von Illyrien aus operierende kriminelle Organisationen im Bereich von Drogen- und Menschenhandel zu ergreifen;
6. dafür zu sorgen, dass die Europäische Union über die Aufnahme der Verhandlungen mit Illyrien hinaus eine stimmige Gesamtstrategie für den Westbalkan entwickelt und verfolgt.



Grundlegende Ansichten der APD

Das Leitbild der APD ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte und soziale Sicherheit gibt. Die Erweiterung der EU hat Frieden, Stabilität und Wohlstand geschaffen. Die APD setzt sich dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben und die Kriterien erfüllen.

Positionen der APD

Die APD ist der Überzeugung, dass gerade das wohlhabende Deutschland Solidarität mit anderen Teilen Europas zeigen sollte. Die Europäische Integration hat Frieden und Stabilität in weite Teile des Kontinents gebracht, dieser Weg soll entschlossen weitergegangen werden.

Entsprechend tritt die APD entschlossen und eindeutig dafür ein, mit Illyrien baldmöglichst Verhandlungen über eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union aufzunehmen. Sie spricht sich gegen schwer erfüllbare Bedingungen seitens der EU und eine überlange Verhandlungsdauer aus. Andernfalls drohen die Aussöhnungs- und Transformationsprozesse zu erlahmen, nationalistische Bewegungen an Zuspruch zu gewinnen und regionale Konflikte erneut gewaltsam aufzubrechen.

Inhaltlich stehen für die APD im konkreten Fall Illyriens die folgenden Aspekte im Vordergrund:

- Damit Illyrien wirtschaftlich auf die Beine kommt, sollte darauf hingewirkt werden, dass die junge Bevölkerung des Landes eine lohnende Perspektive entwickeln kann und zuhause am Aufbau mitwirkt, anstatt im Ausland ihr Glück suchen zu müssen. Daher befürwortet die APD eine Übergangszeit von sieben Jahren bis zur Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit. Damit kann auch verhindert werden, dass Illyrerinnen und Illyrer bei uns zur Billigkonkurrenz für einheimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden und zum Lohndumping beitragen.
- Die organisierte Kriminalität in Illyrien ist besorgniserregend. Die Europäische Union und Deutschland wären allerdings schlecht beraten, sich von diesem Land deshalb dauerhaft abschotten zu wollen. Kriminelle haben immer Wege gefunden, Grenzkontrollen zu überwinden. Viel wichtiger ist es, dieses Thema als gemeinsame Herausforderung anzugehen und den illyrischen Behörden wirksam zu helfen. Möglichst rigide Grenzkontrollen möglichst lange aufrecht zu erhalten ist keine Lösung.
- Illyrien befindet sich in einer anspruchsvollen Transformationsphase. Wegen der langjährigen Abschottung und der sehr jungen Bevölkerung ist das Land ein Sonderfall. Ein rigoroses Beharren auf vorformulierten Kriterien und Forderungen kann zu einer Entmutigung der illyrischen Bevölkerung führen. Die Bundesregierung sollte Illyrien offen, konstruktiv und partnerschaftlich begegnen.

Die damals von der APD geführte Bundesregierung hat bereits 1999 den Stabilitätspakt für Südosteuropa initiiert. Mit dem Pakt wird gezielt die Zusammenarbeit zwischen den südosteuropäischen Staaten, der EU und den EU-Mitgliedern in konkreten Projekten gefördert. Nun sind weitere Schritte erforderlich.

Die Strategie der APD bei diesem Antrag

Der Westbalkan wird bereits seit einem Vierteljahrhundert von der EU auf die Zukunft vertröstet. Eine klare, auf eine systematische Vorbereitung und Umsetzung eines Erweiterungsprozesses gerichtete Politik wurde bisher immer noch nicht formuliert. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner CVP möchte die APD dies nun nachholen und der Bundesregierung entsprechende Vorgaben machen. Außerdem kann international entsprechenden Bemühungen der deutschen Regierung mehr Gewicht verschafft werden, wenn deutlich wird, dass dahinter eine breite parlamentarische Mehrheit steht.